

# ANTRAG

**zur Förderung der Unternehmensaktivitäten  
im Management, Marketing, bei Messen und  
bei der Markterschließung im In- und Ausland  
von kleinen und mittleren Unternehmen (M<sup>A</sup>)**

InvestitionsBank  
des Landes Brandenburg  
Technologie und Medien  
Postfach 90 02 61  
14438 Potsdam

Antragsnummer der InvestitionsBank des Landes Brandenburg

Zutreffendes bitte im Antrag ankreuzen

Eingangsstempel der  
InvestitionsBank des Landes Brandenburg

**Achtung:** Anträge sind vor Beginn der Maßnahme zu stellen! Beginn der Maßnahme ist der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und/oder Leistungsvertrages. Im Falle der Förderung eines Markterschließungsassistenten ist der Abschluss eines Anstellungsvertrages Beginn der Maßnahme.  
Anträge zu Maßnahmen des Wissenstransfers werden nur nach Erstberatung durch die ZAB GmbH entgegengenommen.  
Für die Beantragung von Zuwendungen für Messen und Ausstellungen bitte das separate Antragformular verwenden!

- Einzelantrag       Gruppenantrag<sup>1</sup>  
 Netzwerk       wirtschaftsnahe Einrichtung/Verband

## 1 Antragsteller (bei Gruppenantrag der Gruppensprecher)

### 1.1 Hauptsitz

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname/Firma

\_\_\_\_\_  
Postanschrift (Straße/Haus-Nr./Postfach/ PLZ/Ort)

\_\_\_\_\_  
Tel./Fax (mit Vorwahl)

### 1.2 Betriebsstätte (nur ausfüllen, falls die Anschrift des Projektortes nicht mit dem Hauptsitz identisch ist)

\_\_\_\_\_  
Sitz der Betriebsstätte (Straße/Haus-Nr./Postfach/PLZ Ort)

\_\_\_\_\_  
Tel./Fax (mit Vorwahl)

Ansprechpartner/in:

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname (ggf. akademischer Grad)

\_\_\_\_\_  
e-mail

\_\_\_\_\_  
Tel./Fax (mit Vorwahl)

### 1.3 Branche

\_\_\_\_\_  
Art der gewerblichen Tätigkeit

\_\_\_\_\_  
Branchenschlüssel (wenn bekannt)

<sup>1</sup> Gemäß Nr. 3.2 der Richtlinie kann sich eine Gruppe von mindestens 3 KMU vertraglich zu einem gemeinsamen Vorhaben zusammenschließen. Hierzu hat die Gruppe einen bevollmächtigten Gruppensprecher als Zuwendungsempfänger zu bestellen.

**2 Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte im Unternehmen** (zum Zeitpunkt der Antragstellung)

Anzahl	Dauerarbeitsplätze		Ausbildungsplätze	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
unmittelbar vor Beginn des Vorhabens				
zusätzlich zu schaffende Dauerarbeitsplätze				
Gesamt				

**Jahresumsatz** (per: \_\_. \_\_. \_\_. 20\_\_)

- unter 10 Mio. EUR  
 10 Mio. EUR bis 50 Mio. EUR  
 über 50 Mio. EUR

**Bilanzsumme** (per: \_\_. \_\_. \_\_. 20\_\_)

- unter 10 Mio. EUR  
 10 Mio. EUR bis 43 Mio. EUR  
 über 43 Mio. EUR

**3 Angaben zum Unternehmen/zur Person**

Gesellschaftsrechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Eine Gewerbebeantragung mit Datum vom \_\_\_\_\_

am Standort \_\_\_\_\_  liegt vor/  wird nachgereicht.

Der Antragsteller ist beim Amtsgericht \_\_\_\_\_ unter Nr. \_\_\_\_\_  
im Handelsregister eingetragen.

Gegenstand des Unternehmens: \_\_\_\_\_

Grund- oder Stammkapital: \_\_\_\_\_

Geschäftsführer: \_\_\_\_\_

**Prüfung der Beteiligungsverhältnisse bei kleinen und mittleren Unternehmen**

Gehört die Betriebsstätte zu einem Unternehmen, das zu 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmrechte unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist?

nein  ja<sup>2,3</sup>

Hält das antragstellende Unternehmen Anteile von 25 % oder mehr an anderen Unternehmen?

nein  ja<sup>2,3</sup>

Halten Gesellschafter des antragstellenden Unternehmens Anteile von 25 % oder mehr an anderen Unternehmen?

nein  ja<sup>2,3</sup>

Erstellt das Unternehmen eine konsolidierte Bilanz oder ist es im Abschluss eines anderen Unternehmens enthalten?

nein  ja

<sup>2</sup> Darstellung der Beteiligungen mit einem Organigramm (siehe Anlage „Beispiel Firmenorganigramm“):

<sup>3</sup> Die nachfolgenden Tabellen sind **unbedingt** auszufüllen!

**Gesellschafter** des Antragstellers (ggf. auch Komplementär GmbH):

Name, Vorname, Wohnsitz (bei Unternehmen: Firma, Sitz)	Höhe der Beteiligung	Jahresumsatz in EUR*	Bilanzsumme in EUR*	Anzahl Beschäftigte*

\* bei Unternehmen

Beteiligung der **Gesellschafter** des Antragstellers an anderen Unternehmen:

Name des Gesellschafters	Unternehmen	Höhe der Beteiligung in % des Gesellschafts- kapitals	Jahresumsatz in EUR	Bilanzsumme in EUR	Anzahl Beschäftigte

Beteiligung des **Antragstellers/des antragstellenden Unternehmens** an anderen Unternehmen:

Name, Vorname, Wohnsitz (bei Unternehmen: Firma, Sitz)	Höhe der Beteiligung	Jahresumsatz in EUR*	Bilanzsumme in EUR*	Anzahl Beschäftigte*

\* bei Unternehmen

Liegt ein Beherrschungsvertrag vor?

nein     ja, mit wem: \_\_\_\_\_

Streubesitz     nein     ja, dann bitte Erklärung unter Ziffer 11 abgeben.

#### 4 Vorförderung(en) für den unter Ziffer 1 angegebenen Antragsteller

Frühere Anträge werden von der Bewilligungsbehörde zur Erfolgskontrolle und zur Entscheidung über den vorliegenden Antrag herangezogen.

4.1 Haben Sie weitere „De-minimis“-Beihilfen und/ oder Kleinbeihilfen beantragt bzw. im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren „De-minimis“-Beihilfen und/ oder seit dem 01.01.2008 Kleinbeihilfen erhalten?

nein  ja, dann bitte Anlage „De-minimis“-Beihilfen/ Kleinbeihilfen ausgefüllt beifügen

4.2 Sonstige Vorförderungen der letzten 3 Jahre

nein  ja, dann bitte in der folgenden Tabelle angeben

Förderprogramm	Zuwendungsgeber (z. B. ILB)	Aktenzeichen	Förderbetrag in EUR

#### 5 Angaben zum Vorhaben

5.1 Zeitliche Durchführung des Vorhabens

**Achtung:** Mit dem Vorhaben darf erst nach Antragseingang in der ILB auf eigenes Risiko begonnen werden. Der Durchführungszeitraum kann maximal 36 Monate ab Vorhabensbeginn umfassen.

Beginn	Tag	Monat	Jahr	Beendigung	Tag	Monat	Jahr
	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>		<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

5.2 Beantragte Fördermaßnahme(n)

(Bitte die entsprechende/n Anlage/n vollständig ausgefüllt dem Antrag beifügen!)

- Innerbetriebliches Management (Anlage 1)
- Marketing/Unternehmensführung im Inland (Anlage 2)
- Markterschließung im Ausland (Anlage 3)
- Marktzugangprojekte (Anlage 4)
- Innovationsunterstützende Dienstleistungen (Anlage 5)

#### 6 Kostenplan

6.1 Sind Sie bei der Durchführung der Maßnahme zum Vorsteuerabzug berechtigt?

- ja Förderung nur auf Nettokosten (Angaben enthalten keine Mehrwertsteuer)
- nein Förderung auf Bruttokosten (Angaben enthalten Mehrwertsteuer) <sup>4</sup>

	<b>EUR</b>
<b>Gesamtkosten<sup>5</sup></b>	

<sup>4</sup> Die Bescheinigung zur Befreiung vom Vorsteuerabzug ist als Anlage beizufügen.  
w1991452 - 10.09

## 7 Finanzierungsplan

### 7.1 Eigenmittel

	EUR
Eigenmittel	
Sonstige Mittel (bitte näher erläutern)	
_____	
<b>Zwischensumme</b>	

### 7.2 Fremdmittel

	EUR
beantragter Zuschuss	
Hausbankdarlehen	
Teilnehmergebühren	
Sonstige öffentliche Mittel (bitte näher erläutern)	
_____	
<b>Zwischensumme</b>	

### 7.3 Gesamtfinanzierung

	EUR
<b>Finanzierungsmittel (gesamt)</b>	

Hinweis: Die Summe der Gesamtfinanzierung muss der Summe der Gesamtkosten entsprechen.

## 8 Erklärungen

- 8.1 Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir vor Antragseingang in der ILB nicht mit dem Vorhaben begonnen habe(n).<sup>6</sup>
- 8.2 Ich/Wir erkläre(n), dass keine andere, als die hier beantragte öffentliche Förderung für dieses Vorhaben bei einer anderen Stelle beantragt wurde oder wird.
- 8.3 Ich/Wir bestätige(n), dass die Effekte der Maßnahme beim Hauptsitz oder einer Zweigniederlassung des Unternehmens im Land Brandenburg wirksam werden.
- 8.4 Ich/Wir bestätige(n) dass sich die Förderung nicht auf Dienstleistungen bezieht, die fortlaufend oder in regelmäßigen Abständen in Anspruch genommen wird oder die zu den gewöhnlichen Betriebsausgaben des Unternehmens gehört, wie routinemäßige Steuer- oder Rechtsberatung oder Werbung.
- 8.5 Ich/Wir erkläre(n) geprüft zu haben, dass der/die mit der Durchführung des Vorhabens zu beauftragende(n) Dienstleister die erforderlichen Fähigkeiten und die notwendige Zuverlässigkeit besitzt/besitzen und der überwiegende Geschäftszweck des/der Dienstleister auf entgeltliche Unternehmensberatung ausgerichtet ist.
- ja       nein
- 8.6 Ich/Wir erkläre(n), dass bei Antrag auf Zuwendung zur Beschäftigung von Markterschließungsassistenten es sich bei den einzustellenden Personen nicht um
- Gesellschafter des Unternehmens bzw. um Personen, bei denen ein Familienmitglied Gesellschafter ist
  - Leih- und Teilzeitarbeitsverhältnisse
  - freie Mitarbeiter
- handelt.
- 8.7  Bei Beantragung einer Kleinbeihilfe<sup>7</sup>:
- Ich versichere/Wir versichern, dass mein/unser Unternehmen bis zum 01.07.2008 kein Unternehmen in Schwierigkeiten war.<sup>8</sup>
- Bei Beantragung einer De-minimis-Beihilfe<sup>9</sup>:
- Ich versichere/Wir versichern, dass mein/unser Unternehmen kein Unternehmen in Schwierigkeiten ist.<sup>10</sup>
- 8.8 Ich/Wir bestätige(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben zu diesem Antrag und beigefügten Anlagen.
- 8.9 Mir/Uns ist bekannt, dass die folgenden in diesem Antrag einschließlich der Anlagen 1 bis 5 anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist.
- Angaben zu:
- a) Antragsteller (Ziffer 1.1 und 1.2)
  - b) Branche (Ziffer 1.3)
  - c) Anzahl der Beschäftigten, Jahresumsatz/Bilanzsumme (Ziffer 2)
  - d) Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftsrechtliche Verhältnisse (Ziffer 3)
  - e) Beteiligungsverhältnissen (Ziffer 3 und 11)

<sup>6</sup> Beginn der Maßnahme ist der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und/oder Leistungsvertrages.

<sup>7</sup> „Bundesregelung Kleinbeihilfen“ (notifizierte Richtlinie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie vom 29.12.2008)

<sup>8</sup> Abl. (EG) Nr. C244 vom 01.10.2004, S.2, Siehe Erläuterungen zum Antragsformular

<sup>9</sup> Abl. (EU) L 379 vom 28.12.2006, S.5

<sup>10</sup> Abl. (EG) Nr. C244 vom 01.10.2004, S.2, Siehe Erläuterungen zum Antragsformular

- f) Vorhaben, soweit sie als Tatsachen bereits sicher feststehen (Ziffer 5 einschließlich der zu Ziffer 5.2 beigefügten Anlagen 1 bis 5)
- g) Beginn des Vorhabens (Ziffer 5.1 und 8.1)
- h) anderen öffentlichen Finanzierungshilfen (Ziffer 4, 7.2 und 8.2)

Mir/Uns sind weiterhin das Brandenburgische Subventionsgesetz vom 11. November 1996 (GVBl Bbg I, Nr. 24, Seite 306) sowie § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgebend ist. Dies gilt insbesondere auch für die Mittelabrufe und die zu führenden Verwendungsnachweise.

- 8.10 Mir/Uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt; insbesondere werde(n) ich/wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/Bescheinigung erteilenden Behörde mitteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wurde. Auch das Unterlassen von Mitteilungen über Änderungen zu diesen Tatsachen ist subventionserheblich.

- 8.11 Mir/Uns ist bekannt, dass sich an den beantragten Finanzierungshilfen der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligen kann und dass in diesem Falle die Verordnung (EG) 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 (ABl. EU Nr. L 210 ff. vom 31. Juli 2006) in Verbindung mit der Verordnung (EG) 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 (ABl. EU Nr. L 210, S. 1 ff. vom 31. Juli 2006) in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 der Kommission vom 8. Dezember 2006 (ABl. EU Nr. L 45/3 vom 15. Februar 2007) Anwendung findet.

Im Falle der Bewilligung erkläre(n) ich mich/wir uns damit einverstanden, dass folgende Daten entsprechend Artikel 7, Absatz 2, lit. d) der Verordnung (EG) 1828/2006 veröffentlicht werden:

- Name des Begünstigten,
- Bezeichnung des Vorhabens,
- Betrag der bereitgestellten öffentlichen Mittel (ABl. EU vom 15. Februar 2007).

Unbeschadet der von den Mitgliedstaaten durchgeführten Prüfungen können Bedienstete oder bevollmächtigte Vertreter der Kommission vor Ort überprüfen, ob die Verwaltungs- und Kontrollsysteme wirksam funktionieren, wobei sie auch Vorhaben im Rahmen des operationellen Programms prüfen können.

Die Regeln der Förderfähigkeit der Ausgaben werden bis auf die in den EU-Verordnungen der einzelnen Fonds vorgesehenen Ausnahmen auf nationaler Ebene festgelegt. Sie umfassen die Gesamtheit der Ausgaben, die im Rahmen eines operationellen Programms geltend gemacht werden (vgl. Artikel 56 Verordnung (EG) Nr. 1083/2006).

- 8.12 Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht Gegenstand eines Wiedereinziehungsverfahrens infolge einer Produktionsverlagerung innerhalb Deutschlands oder in einem anderen Mitgliedstaat der EU bin/sind oder war/waren.

- 8.13 Die Bedingungen der Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft zur Förderung der Unternehmensaktivitäten im Management, Marketing, bei Messen und bei der Markterschließung im In- und Ausland von kleinen und mittleren Unternehmen vom 20. Februar 2009 erkenne(n) ich/wir an. Die Hinweise zum Antragsverfahren sind beachtet worden.

- 8.14 Mir/Uns ist bekannt, dass gemäß geltender Richtlinie zur Förderung der Unternehmensaktivitäten im Management, Marketing, bei Messen und bei der Markterschließung im In- und Ausland von kleinen und mittleren Unternehmen die Regelungen der Nr. 3 der ANBest-P für die Vergabe von Aufträgen anzuwenden sind, die Gewährung einer öffentlichen Zuwendung gemäß LHO Brandenburg unter der Maßgabe des wirtschaftlichen und sparsamen Mitteleinsatzes (vgl. entsprechende Auflage unter Ziffer 1.1 der ANBest-P) erfolgt und Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben sind. Auskunft und Unterstützung hinsichtlich Inhalt, Form und Fristen der Ausschreibung gemäß den Vergabevorschriften Nr. 3 ANBest-P bieten die

Auftragsberatungsstelle für das öffentliche Auftragswesen  
im Land Brandenburg e. V.  
Mittelstraße 5  
12529 Schönefeld  
Tel.: 030 3744607-0  
Fax: 030 3744607-21

oder die zuständigen Industrie- und Handelskammern.

Bei Auftragswerten > 5.000,00 EUR besteht ferner die Möglichkeit, sich von der Auftragsberatungsstelle des Landes geeignete Bewerber benennen zu lassen.

---

Ort, Datum

---

rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers/Firmenstempel

## **9 Einwilligung zur Datenverarbeitung und Auskunftserteilung**

- 9.1 Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass zum Zwecke der Transparenz von Fördermaßnahmen der Bund im Einvernehmen mit dem jeweiligen Land oder das jeweilige Land den Namen des Empfängers der Zuwendung sowie Angaben über das Vorhaben und über die Höhe des Zuschusses in geeigneter Form veröffentlichen kann.

Mir/Uns ist bekannt, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei der für den Investitionsort zuständigen Behörde oder sonstigen Annahmestelle zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Die zuständigen Behörden und die sonstigen Annahmestellen sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschließlich der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung und der fachlichen Beurteilung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung zu stellen.

Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Vorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten.

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass Daten an die Europäische Kommission und/oder die mit Evaluierungen beauftragten Institute weitergegeben werden können.

- 9.2 Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass zur Prüfung des Antrages Sachverständige/ Gutachter hinzugezogen werden können.

---

Ort, Datum

---

rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers/Firmenstempel

## **10 Erklärung zur Gesamtfinanzierung**

Ich/Wir erkläre(n), dass unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses, die Gesamtfinanzierung gesichert ist.

---

Ort, Datum

---

rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers/Firmenstempel

**11 Erklärung zum Beteiligungsbesitz bei KMU (nur abzugeben, wenn zutreffend<sup>11</sup>)**

Ich gehe/Wir gehen aufgrund der Kapitalstreuung nach bestem Wissen davon aus, dass die Betriebsstätte zu einem Unternehmen gehört, das nicht zu 25 % oder mehr unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist. Mir/Uns ist bekannt, dass maßgeblich für die Beurteilung, ob ein kleines oder mittleres Unternehmen vorliegt, der Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die Förderung ist. Da sich die Angaben in Ziffer 1, 2 und 3 auf den heutigen Zeitpunkt beziehen, sichere ich/sichern wir hiermit zu, sämtliche Veränderungen in Bezug auf den in Ziffern 1.1, 1.2, 1.3, 2 und 3 abgefragten Sachverhalt unverzüglich der zuständigen Behörde schriftlich mitzuteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wird.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers/Firmenstempel

**Achtung:** Bestätigung nur bei Beantragung von Maßnahmen des Wissenstransfers erforderlich

**Bestätigung der Erstberatung**

Am \_\_\_\_\_ erfolgte durch Herrn/Frau \_\_\_\_\_

(ZAB GmbH, Geschäftsstelle \_\_\_\_\_)

eine Erstberatung mit folgendem Inhalt \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_.

Besondere Bemerkungen/Votum:

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift des/der Beraters/Beraterin/Stempel der ZAB GmbH

<sup>11</sup> Maßgeblich ist die Situation zum Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die Bewilligung einer Förderung, Änderungen sind daher der zuständigen Behörde mitzuteilen.

Sofern das Unternehmen zu 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile im Besitz eines anderen oder mehrerer Unternehmen oder Unternehmer steht, ist vom Antragsteller anzugeben, ob die beteiligten Unternehmen oder Unternehmer öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften oder institutionelle Anleger sind. Handelt es sich bei den Unternehmen oder Unternehmern um öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften oder institutionelle Anleger, ist auch anzugeben, ob die beteiligten Unternehmen oder Unternehmer einzeln oder aber gemeinsam Kontrolle über das Unternehmen ausüben.

Ist aufgrund der Kapitalstreuung nicht zu ermitteln, wer die Anteile hält, ist durch die Antragsteller diese Erklärung abzugeben.

## Anlagen

**(Bitte die entsprechende/n Anlage/n vollständig ausgefüllt dem Antrag beifügen!)**

- Anlage 1 - Innerbetriebliches Management
- Anlage 2 - Marketing/Unternehmensführung im Inland
- Anlage 3 - Markterschließung im Ausland
- Anlage 4 - Marktzugangsprojekte
- Anlage 5 - Innovationsunterstützende Dienstleistungen

Folgende Unterlagen sind mit dem Antrag einzureichen:

(☒ sind beigelegt)

- Kopie des Personalausweises des Antragstellers (natürliche Person) bzw. der gesetzlichen Vertreter des antragstellenden Unternehmens (juristische Person)
- entsprechend der Rechtsform des Antragstellers
  - Handelsregisterauszug (Kopie)
  - Gewerbeanmeldung (Kopie)
  - Gesellschaftsvertrag/Satzung (Kopie)
  - Firmenorganigramm (siehe Anlage „Beispiel Firmenorganigramm“)
- bei Antragstellung als Gruppe/Netzwerk
  - Gruppenvertrag (Kopie) inkl. Original-Vollmacht für den Gruppensprecher
  - Auflistung der Mitglieder der Gruppe
  - von jedem Mitglied detaillierte Angaben zu den Ziffern 1-3 des Antrages
- Beschreibung von Unternehmenszweck/derzeitigem Produktions-/Leistungsprogramm
- Bescheinigung zur Befreiung vom Vorsteuerabzug - sofern zutreffend-

Folgende Unterlagen sind zum Verbleib beim Antragsteller bestimmt:

- KMU-Informationsblatt - A -
- Prüfschema für kleine und mittlere Unternehmen
- Beispiel Firmenorganigramm
- Erläuterungen zum Antragsformular
- Kundeninformationsblatt „De-minimis“-Regel
- Kundeninformationsblatt Kleinbeihilfen
- Merkblatt Vergabebestimmungen

## Zum Verbleib beim Antragsteller bestimmt

### Erläuterungen zum Antragsformular

- 1 Der Antrag ist vor Beginn des Vorhabens zu stellen. Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages. Im Falle der Förderung eines Markterschließungsassistenten ist der Abschluss eines Anstellungsvertrages Beginn der Maßnahme.
- 2/3 Maßgeblich ist die Situation im Zeitpunkt der Entscheidung über die Bewilligung einer Förderung, Änderungen sind daher der zuständigen Stelle unverzüglich mitzuteilen (Ziffer 11 des Antrags).
- Kleine und mittlere Unternehmen sind gemäß der Empfehlung der EU-Kommission vom 6. Mai 2003 für staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen in der Fassung des Amtsblattes der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 124 vom 20. Mai 2003, S. 36 solche, die
- weniger als 250 Personen beschäftigen und
  - einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Mio. EUR haben und
  - nicht zu 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile im Besitz von einem oder von mehreren Unternehmen gemeinsam stehen, welche die Definition der KMU nicht erfüllen.
- Bei der Prüfung der Einhaltung dieser Kriterien wird die Konzernbetrachtung zugrunde gelegt. Auch die Gesellschafter des Antrag stellenden Unternehmens müssen diesen Kriterien unter Anrechnung der ggf. vorliegenden weiteren Beteiligungen gerecht werden.
- 5.1 Zuschüsse werden grundsätzlich nur für Vorhaben gewährt, die spätestens 3 Monate nach Bestandskraft des Bewilligungsbescheides begonnen worden sind und innerhalb von max. 36 Monaten ab Vorhabensbeginn abgeschlossen werden.
- 5.2 Eine nähere Beschreibung und Begründung des Vorhabens ist obligatorisch.
- 6 Nicht berücksichtigungsfähig sind folgende Kosten/Maßnahmen:
- a) Maßnahmen, die sich auf einen konkreten Geschäftsabschluss beziehen;
  - b) Beratungsleistungen zur Beschaffung von Finanzierungsmitteln und insbesondere zur Beantragung von Fördermitteln jeglicher Art;
  - c) Beschaffungskosten einschließlich der Kosten zur technischen Umsetzung für Hard- und Software;
  - d) eigene Sachleistungen;
  - e) eigene Personal-, Gemein- und Telekommunikations- und Reisekosten;
  - f) betriebliche Beratungsmaßnahmen, die der/die Antragsteller in eigener Regie und mit eigenen Mitarbeitern durchführt, sowie Beratungen, die sich überwiegend auf inländische Rechts-, Versicherungs- und Steuerfragen;
  - g) allgemein zugängliche Marktanalysen, Prognosen und Darstellungen, reine Adressenangaben oder deren Zusammenstellung;
- 7.2 Hier sind in jedem Fall sämtliche öffentliche Finanzierungshilfen für das Vorhaben anzugeben, d. h. auch dann wenn diese nicht auf die Förderhöchstsätze anzurechnen sind. Abweichungen sind zu melden.

Zuwendungen werden nur gewährt, wenn der Zuschuss im Einzelfall mehr als 2.500 EUR beträgt.

- 8.7 Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (ABl. der EU C 244/2 vom 01.10. 2004)

#### *Definition Unternehmen in Schwierigkeiten:*

Ein Unternehmen befindet sich im Sinne der Leitlinien dann in Schwierigkeiten, wenn es nicht in der Lage ist, mit eigenen finanziellen Mitteln oder Fremdmitteln, die ihm von seinen Eigentümern/Anteilseignern oder Gläubigern zur Verfügung gestellt werden, Verluste einzudämmen, die das Unternehmen auf kurze oder mittlere Sicht so gut wie sicher in den wirtschaftlichen Untergang treiben werden, wenn der Staat nicht eingreift. Das Vorliegen eines Unternehmens in Schwierigkeiten kann anhand der folgenden Kriterien geprüft werden:

#### *1. Formale Definition*

Gemäß dem Wortlaut der Leitlinien befindet sich ein Unternehmen unabhängig von der Größe insbesondere in folgenden Fällen in Schwierigkeiten, wenn

- a) bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung mehr als die Hälfte des gezeichneten Kapitals verschwunden und mehr als ein Viertel dieses Kapitals während der letzten zwölf Monate verloren gegangen ist.
- b) bei Gesellschaften, in denen mindestens einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften, mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel verschwunden und mehr als ein Viertel dieser Mittel während der letzten zwölf Monate verloren gegangen ist.
- c) unabhängig von der Rechtsform der Gesellschaft die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens erfüllt sind.

Zur Beurteilung des Vorliegens der o.g. Kriterien dürften in der Regel die letzten 2 Jahresabschlüsse des Unternehmens ausreichend sein.

#### *2. Materielle Definition*

Auch wenn das Unternehmen nicht die formale Definition unter 1. erfüllt, kann es sich dennoch um ein Unternehmen in Schwierigkeiten handeln, wenn die folgenden Symptome vorliegen:

- Steigende Verluste
- Sinkende Umsätze
- Wachsende Lagerbestände
- Überkapazitäten
- verminderter Cash-flow
- zunehmende Verschuldung und Zinsbelastung
- Abnahme oder Verlust des Reinvermögenswertes

Die Beurteilung, ob ein Unternehmen in Schwierigkeiten vorliegt, ist im Rahmen einer Gesamtabwägung aller Umstände des Einzelfalls unter Berücksichtigung der letzten Jahresabschlüsse und anderer aussagefähiger Unternehmensdaten vorzunehmen.

### *3. Erwerb eines Unternehmens aus der Insolvenz heraus*

Ein Unternehmen, das von einem Investor aus der Insolvenz heraus erworben wird, ist grundsätzlich kein Unternehmen in Schwierigkeiten, wenn die nachfolgenden Bedingungen erfüllt sind:

Die Betriebsstätte oder Teile hiervon werden zum Marktpreis erworben. Der Kauf zum Marktpreis soll sicherstellen, dass keine Beihilfen vom alten auf das neue Unternehmen übertragen werden und der neue Investor somit eine marktmäßige Kaufentscheidung trifft.

Der Investor muss einen angemessenen Eigenbeitrag erbringen, der dokumentiert, dass er von den Zukunftsaussichten des übernommenen Unternehmens überzeugt ist.

Eine Kofinanzierung der Übernahme des Unternehmens durch eine private Bank zu Marktkonditionen dokumentiert ebenfalls, dass der Erwerbsvorgang zu Marktkonditionen erfolgt.

### **Hinweise zum Antragsverfahren**

- Der Antragsteller muss eine Betriebsstätte (Hauptsitz oder Zweigniederlassung) im Land Brandenburg unterhalten.
- Die Förderung von Beratungsmaßnahmen für die Zertifizierung und Anpassung von Produkten für neue Märkte, zur Erstellung von Vermarktungsstrategien im Inland, zur Erstellung von Konzepten für Kooperation und Vernetzung sowie zur Erstellung von Markterschließungskonzepten fürs Ausland, fremdsprachiger Angebote und spezifischer Übersetzungen setzen das Vorhandensein eines marktfähigen Prototypen des zu vermarktenden Produktes bzw. einer Dienstleistung voraus. Für den bevorstehenden Absatz müssen Marktchancen, d. h. zumindest der Bedarf, im Zielgebiet dargelegt werden.
- Der Situationsbericht und/oder die Schwachstellenanalyse sind vom Antragsteller zu erstellen.
- Die Leistungserbringung hat durch externe und maßnahmespezifisch qualifizierte Sachverständige zu erfolgen, deren überwiegender Geschäftszweck auf entgeltliche Unternehmensberatung gerichtet ist. Die Dienstleister dürfen weder rechtlich, wirtschaftlich noch personell mit dem Antrag stellenden Unternehmen verbunden sein.
- Für den Fall, dass im Antragsverfahren Auskünfte an andere, als den Antragsteller erteilt werden sollen, ist eine schriftliche Original-Vollmacht unter Angabe der gewünschten Befugnisse vorzulegen.